

Nina Warken MdB

Newsletter

Zuhören. Anpacken. Umsetzen.

CDU

Nr. 14/2022

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

nach endlosen Streitigkeiten über die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke zwischen FDP und Grünen hat der Bundeskanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht. Wie sagte Franz Müntefering einmal? „Wer das macht in einer Koalition, der weiß, dass die Koalition zu Ende ist.“ Festgelegt wurde der Weiterbetrieb von drei Kraftwerken bis April 2023. Eine Entscheidung, die nicht nur erneut viel zu spät kommt, sondern vor allem halbherzig ist. Sie ist zu kurz gesprungen und stellt den auch mittelfristig benötigten zusätzlichen Energiegewinn aus eigenen Quellen nicht sicher. Wir als CDU/CSU haben daher einmal mehr gefordert, die Kernkraftwerke bis Ende 2024 laufen zu lassen und neue Brennstäbe zu bestellen. Parallel dazu müssen die Erneuerbaren Energien mit Hochdruck ausgebaut werden. Mit unserem Entwurf zum Atomgesetz liegt eine gute Lösung beschlussfertig auf dem Tisch. Auf eine effiziente Lösung warten auch unsere Unternehmen. Denn die hohen Energiepreise belasten die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Betriebe und gefährden tausende Arbeitsplätze.

Ich
Nina Warken

MdB trifft THW - Das traditionelle Frühstück

Die letzten Jahre waren auch für das Technische Hilfswerk (THW) eine besondere Herausforderung. Pandemie, Hochwasserkatastrophe und die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben die Helferinnen und Helfer über alle Maßen gefordert. Umso schöner, dass nach der coronabedingten Pause das traditionelle gemeinsame Frühstück des THW mit uns Abgeordneten wieder stattfinden konnte. Danke für die Organisation und den wichtigen, produktiven Austausch!



Ampel gibt das Gleichgewicht von Fördern und Fordern auf

Nach Vorstellung der Ampel sollen Bezieher von Bürgergeld künftig in wesentlich geringerem Umfang als bisher an der Vermittlung in Arbeit mitwirken müssen. Innerhalb der ersten sechs Monate soll es bei Pflichtverstößen keine Leistungskürzungen mehr geben. Das ist aus Sicht der Union der falsche Weg. Unser Gegenentwurf: Besser fördern, konsequent fordern und effizienter werden. Da die persönliche Betreuung wichtig ist, wollen wir den Betreuungsschlüssel reduzieren. Außerdem sollen junge Menschen gezielter unterstützt werden. Dabei liegt unser Fokus auf der Ausbildung. Und vor allem: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer sich hartnäckig weigert, dem muss der Staat von Anfang an und in angemessenem Umfang Leistungen kürzen können. Das ist gerecht – auch für die überwältigende Mehrheit, die sich an Regeln hält. Und wir wollen die bestehenden Regelsätze schneller an die Inflation anpassen, durch höhere Grenzen beim Zuverdienst Anreize setzen und die Lebensleistung des Einzelnen mehr berücksichtigen.

Bei der Tagesschau



In der vergangenen Woche war ich zu Gast bei der Tagesschau. Thema war die anstehende Wahlrechtsreform. [Hier geht es zur Aufzeichnung der Sendung.](#)

Wöchentliche Telefonsprechstunde

Jeden Mittwoch
von 11 - 12 Uhr
unter 0 93 41 - 858 91 91

Ich freue mich
auf Sie!

Keine falschen Anreize setzen und migrationspolitischen Sonderweg beenden

ILLEGALE MIGRATION UNTERBINDEN

Denn die Aufnahmekapazitäten müssen den **tatsächlich Schutzbedürftigen** zugutekommen. Nur so kann die Akzeptanz in der Bevölkerung für das Asylsystem gewahrt werden.

Der starke Anstieg der Asylgesuche in Deutschland setzt Länder und Kommunen vermehrt unter Druck. Wenn die Bundesregierung nicht rasch und konsequent reagiert, stehen wir unmittelbar vor einer Migrationskrise. Wir als CDU/CSU haben in unserem Antrag dementsprechend gefordert, dass Aufnahmekapazitäten den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen müssen. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Die Ampel jedoch plant stattdessen die Einführung eines Amnestiegesetzes. Die darin vorgesehenen Regelungen senden die Botschaft, dass egal ob ein Asylgrund besteht, egal ob jemand berufliche Qualifikationen aufweist – jeder darf in Deutschland bleiben. Da das den fatalen Sonderweg der Ampel fortsetzt und zusätzliche Anreize für mehr irreguläre Migration nach Deutschland bietet, sind wir diesen Plänen entschieden entgegengetreten.

Regierung fordert Blankoscheck über 200 Mrd. Euro

In dieser Woche wurde das Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds abschließend beraten. Die Bundesregierung will den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) reaktivieren, der zur Abfederung der Folgen der Coronapandemie eingerichtet worden war. Damit sollen nun Maßnahmen finanziert werden, von denen niemand weiß, wie sie konkret aussehen werden. Um den Fonds zu befüllen, will die Regierung ein weiteres Mal die Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft setzen. Mit anderen Worten: Bevor klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, soll der Bundestag pauschal einen Blankoscheck über 200 Mrd. Euro ausstellen. Auch wir als Union wollen spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen. Wir wollen eine Gaspreisbremse und werden dafür mit der Bundesregierung konstruktiv zusammenarbeiten. Aber einen Blankoscheck stellen wir nicht aus. Außerdem ist völlig unklar, wie die Bundesregierung auf die Summe von 200 Mrd. Euro kommt und wie sie diese konkret auf die einzelnen Maßnahmen verteilen will. Die Ampel hält an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel. Aus diesem Grund haben wir dem Gesetz nicht zugestimmt.

Dialog zwischen Politik und der jungen Generation des Mittelstands fördern



Im Rahmen des Know-How-Transfer-Programms der Wirtschaftsunioren erhalten 100 junge und erfolgreiche Führungskräfte aus der Wirtschaft jährlich die Möglichkeit 100 Bundestagsabgeordnete eine Woche lang bei ihrer Arbeit zu begleiten. Vergangene Woche war die Unternehmerin Nadine Ballweg-Lorenz aus Wertheim zu Gast im Deutschen Bundestag. Gemeinsam mit meinem Kollegen Steffen Bilger haben wir über die aktuellen Herausforderungen für Unternehmer in Deutschland und Baden-Württemberg diskutiert und darüber gesprochen, welche Weichen die Politik für die Stärkung des Mittelstandes stellen muss.

CDU/CSU für zielgerichtete Maßnahmen zur Fach- und Arbeitskräftegewinnung

Die Fach- und Arbeitskräftegewinnung ist auch bei uns in Odenwald-Tauber eine große Herausforderung. Bei meinen regelmäßigen Terminen mit unseren Unternehmen kommen wir immer wieder darauf zu sprechen. Im letzten Sommer haben wir uns in einer großen Unternehmerrunde in Tauberbischofsheim gemeinsam mit dem damals zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium Stephan Mayer vor allem über den Bereich Fachkräftezuwanderung ausgetauscht. Wir als CDU/CSU sind an dem Problem des Arbeits- und Fachkräftemangels dran geblieben und haben nun einen [umfangreichen Maßnahmenkatalog in den Bundestag eingebracht](#). Hier richten wir jetzt den Blick darauf, wie das Potenzial im Inland besser gewonnen werden kann. Nach aktuellem Stand sind in Deutschland 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Die daraus folgenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft müssen dringend abgewendet werden. Unser Antrag zeigt hierfür gute Lösungen auf!

Durch Ampel-Entscheidungen wird der Bund ein zunehmend unzuverlässiger Partner



Tauberbischofsheim. Ende 2021 hatte sich die Stadt erfolgreich für die Bundesförderung coronagerechter stationärer raumluftechnischer Anlagen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beworben. Im weiteren Zeitverlauf war es nötig geworden, für die Umsetzung an der Grundschule am Schloss und am Matthias-Grünewald-Gymnasium (MGG) einen Antrag auf Fristverlängerung zu stellen. Im August kam die Ablehnung des Verlängerungsantrages durch das BAFA. Auch daraufhin haben wir uns als Union gegenüber der Ampel weiter dafür stark gemacht, den antragstellenden Kommunen eine Fristverlängerung über die für größere Baumaßnahmen vorgesehenen zwölf Monate hinaus zu gewähren. Denn wie bei uns in Tauberbischofsheim, sind die meisten Projekte in den anderen Wahlkreisen auch infolge des Fachkräftemangels und aufgrund von Lieferengpässen in Verzug geraten. Die Regierungsfraktionen lehnten die Fristverlängerung dennoch weiter ab.

Ich habe mich im September auch persönlich mit einem Brief an die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Dr. Franziska Brantner, gewandt. Eine Rückmeldung steht weiter aus. Bisher konnten Antragsteller bei Bundesförderungen davon ausgehen, dass ein gewisser Vertrauensschutz besteht. Wer fristgerecht und frei von Formfehlern eingereicht hatte, bekam sein Geld. Förderrichtlinien, die eben auch Fristverlängerungen erlauben, wurden umgesetzt. Diese Zeiten scheinen vorüber zu sein. Daher hat sich Tauberbischofsheim in dieser Woche bei einer Gemeinderatssitzung dazu entschieden, nun einen Antrag bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu stellen. So soll immerhin für das MGG eine Förderung erreicht werden. Bei der Grundschule sind die Gegebenheiten anders, sodass eine KfW-Förderung den Kosteneigenanteil für die Kommune in nicht stemmbare Höhen treiben würde.

Besuch der KZ-Gedenkstätte Neckarelz



Neckarelz. Gemeinsam mit den CDU Ortsverbänden Binau und Neckargerach war ich in der KZ-Gedenkstätte Neckarelz. Die Gedenkstätte liegt in der Clemens-Brentano-Grundschule, die in den Jahren 1944/45 als Konzentrationslager diente und das Zentrum der sechs „Neckarlager“ bildete. Die Gedenkstätte hat seit 2011 ein neues Gebäude mit vier Themenräumen, die den Besucherinnen und Besuchern die Geschichte des Lagers vor Augen führen. Es ist richtig und wichtig, dass wir auch solche kleineren Erinnerungsorte bewahren. Sie halten die Erinnerung an die Vergangenheit wach und mahnen, dass sich diese Schrecken nicht wiederholen dürfen.

#SocialMedia



nina.warken Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand zählt jede Minute! 🇪🇺

Der heutige Tag der #Wiederbelebung erinnert daran, dass wir alle im entscheidenden Moment zu Lebensrettern werden können. ❤️

Es ist also wichtig, das Wissen regelmäßig aufzufrischen, um im entscheidenden Moment bereit zu sein!

Wie lang ist denn Euer letzter Erste-Hilfe-Kurs her?

📸 Margarete Zängerlein

marcgrasi_unterwegs Jede Sekunde sogar 😊

hebamme_emina Ich rettete ein Leben. Regelmäßig und als pflichtwach in die Schulen einführen.





**Interview mit ARD alpha
für eine Dokumentation**



**KZ-Gedenkstätte in
Neckarelz**



**Zu Gast bei der
Tagesschau**



**Austausch mit Iranerinnen
zu den Protesten im Iran**



**Das GTO Osterburken
zu Besuch in Berlin**



**Jahreshauptversammlung
der CDU Binau**



**Praktikant Florian Frank
in Berlin**



**Grußwort zum Bauern-
markt Großrinderfeld**



**Pferdemarktfestumzug
in Bad Mergentheim**



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



twitter.com/ninawarken

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken, S. 1), THW (MdB trifft THW, S. 1), CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Migration, S. 2), Büro Steffen Bilger (Wirtschaftsjunioren, S. 2), Marc Grasi (Gedenkstätte, S. 2 und JHV Binau, S. 4), Michael Wittig (Austausch Iranerinnen, S. 4), Team Warken (weitere Fotos).